

## **Vollbeschäftigung durch globale Verknappung der Arbeit?**

Deutsche Sparkassenzeitung, Nr. 95, 09.12.1977, Seite 4

Arbeitslosigkeit, das heutige wirtschaftspolitische Problem Nummer eins, läßt sich dadurch kennzeichnen, daß am Gesamtarbeitsmarkt ein Überangebot an Arbeit besteht, das globale (gesamtwirtschaftliche) Angebot an Arbeit also größer ist als die globale Nachfrage nach Arbeit.

Zur Wiedererlangung des Gleichgewichts zwischen Angebot und Nachfrage, was ja Vollbeschäftigung für die Gesamtwirtschaft bedeutet, bieten sich rein logisch

- eine Verringerung des Angebots an Arbeit,
- eine Erhöhung der Nachfrage nach Arbeit und
- eine Kombination von Angebotsverringern und Nachfrageerhöhung an.

Wer sich also — Anhänger dieses Rezeptes gibt es u. a. unter den Politikern aller Parteien — für den Einsatz von Maßnahmen, die das Angebot an Arbeit (das Arbeitsvolumen) verringern sollen, ausspricht, geht damit offensichtlich davon aus, daß die andere logische Möglichkeit — nämlich die Erhöhung der Nachfrage nach Arbeit — entweder nicht wünschenswert ist oder nicht als machbar erscheint.

Es mag seltsam klingen, daß es Leute geben soll, die eine Erhöhung der Nachfrage nach Arbeit als Instrument zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit ablehnen. Jedoch tut jeder, der — aus welchen Gründen auch immer — für Null-Wachstum plädiert, eben dies, da auf mittlere und lange Sicht die Nachfrage nach Arbeit nur dadurch ansteigen kann, daß das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential größer wird, daß m. a. W. die Wirtschaft wächst. Denn nur, wenn das Angebot und die Nachfrage nach Gütern wächst, steigt auch die Nachfrage nach Arbeit, da diese — wie der Ökonom sagt — eine „abgeleitete“ Nachfrage darstellt.

Das zweite Argument gegen eine Erhöhung der Nachfrage nach Arbeit ist nicht normativer („Wachstum ist schlecht“) sondern theoretisch-empirischer Natur: man zweifelt daran, daß es in Zukunft gelingen kann, die Nachfrage nach Arbeit — also das wirtschaftliche Wachstum — so weit anzuheben, um mit der zukünftigen Vergrößerung des Angebots an Arbeit Schritt halten zu können.

### **Pessimistische Wachstumsprognosen**

Worauf stützt sich eine solche Prognose eines globalen Wachstumsstillstands bzw. einer Wachstumsverlangsamung?

Hier sind vor allem „subjektive“ Faktoren zu nennen: auch die Prognostiker neigen dazu, die augenblickliche Situation in die Zukunft zu extrapolieren. Die so entstehenden pessimistischen Prognosen haben aber leider die gefährliche Eigenschaft, bei Investoren und Konsumenten vorhandenen Pessimismus zu verstärken oder überhaupt erst hervorzurufen, sich sozusagen „selbst zu erfüllen“.

Demgegenüber ist der Hinweis, daß bestimmte „objektive“ Bedingungen für wirtschaftliches Wachstum zukünftig nur noch in geringem Maße vorhanden sind, mit mehreren Fragezeichen zu versehen. Die so häufig diagnostizierten globalen Sättigungsgrenzen — daß es partielle Sättigungserscheinungen gibt, steht außer Frage — sind nicht national, auf keinen Fall aber international (Entwicklungsländer) sichtbar. Weiterhin wird kaum jemand ernstlich bezweifeln können, daß es genügend potentielle Märkte für neue Produkte und neue Produktionsver-

fahren im In- und Ausland gibt. Warum sollte die Handelsintensität zwischen den westlichen Industrienationen schon ihren Höhepunkt erreicht bzw. sogar überschritten haben? Der sogenannte Ostblock ist ein noch weitgehend unerschlossener Markt, nicht zu vergessen aber die praktisch unbegrenzten Möglichkeiten in den Entwicklungsländern. Ein Fragezeichen ist hier allerdings zu setzen. Potentielle Märkte gibt es genug, nur muß der Marktzugang auch frei sein, damit sie auch faktisch nutzbar sind. Aus „politischen“ Gründen könnten die Grenzen geschlossen oder die politischen Investitionsrisiken zu groß werden.

Hier ist nicht der Ort, um noch weitere Argumente zu prüfen, die sich mit den zukünftigen Chancen einer Erhöhung der Nachfrage nach Arbeit beschäftigen. Diese wenigen Argumente zeigen aber schon, daß eine Vorliebe für Maßnahmen zur Verknappung des Arbeitsvolumens weder logisch, noch normativ, noch empirisch zwingend ist: m.a.W. man kann „von der Sache her“ durchaus zum gegenteiligen Ergebnis kommen.

Dies kann selbstverständlich nicht ein Hindernis dafür sein, die Vorschläge für eine Verknappung des Arbeitsvolumens auf ihre Effizienz im Hinblick auf das Ziel Vollbeschäftigung und auf mögliche negative oder auch positive Nebenwirkungen hin kritisch zu überprüfen.

Als mögliche Maßnahme einer Verknappungspolitik bieten sich in diesem Zusammenhang an:

- Verlängerung der Schulzeit,
- Verkürzung des Arbeitslebens (Vorziehen der Pensionsgrenze),
- Verlängerung des Jahresurlaubs (einschl. Schwangerschafts- und Bildungsurlaub),
- Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit,
- Abbau von Überstunden.

### **Maßnahmen zur Verknappung des Arbeitsvolumens**

Anhand von „Modellrechnungen“ kann dann gezeigt werden, wieviele Arbeitsplätze durch diese Maßnahmen zusätzlich geschaffen werden könnten:

- die allgemeine Einführung des 10. Schuljahres oder eines Berufsgrundbildungsjahres = 150000 zusätzliche Arbeitsplätze,
- die allgemeine Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze um ein Jahr = 100000 zusätzliche Arbeitsplätze,
- die Verringerung des Urlaubs um einen Tag pro Jahr - 100000 zusätzliche Arbeitsplätze,
- die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit in der Gesamtwirtschaft um 1 Stunde = 600000 zusätzliche Arbeitsplätze,
- die Halbierung der Anzahl der gegenwärtig in der Industrie geleisteten Überstunden von zwei auf eine Stunde pro Woche = 140000 zusätzliche Arbeitsplätze.

Diese „Modellrechnungen“ haben einen entscheidenden Fehler: sie gelten „unter sonst gleichen Bedingungen“, d.h. die mit Sicherheit in einer Marktwirtschaft eintretenden Reaktionen der Betriebe und Unternehmen auf solche Maßnahmen werden ignoriert. Damit sind diese Berechnungen als Entscheidungshilfe praktisch wertlos; es sei denn, bestimmte Reaktionen der betroffenen Arbeitgeber würden „verboten“. Welche Reaktionen der Betriebe und Unternehmen auf die genannten Maßnahmen sind nun möglich bzw. wahrscheinlich?

### **Reaktion der betroffenen Unternehmen**

Alle genannten Maßnahmen haben eine gemeinsame Folge, würde man sie in Kombination oder einzeln in die Tat umsetzen: bestimmte vorhandene oder geplante Arbeitsplätze würden

zeitweise nicht mehr besetzt sein bzw. ab einem bestimmten Zeitpunkt unbesetzt bleiben. Folgende Auswirkungen sind möglich:

1. Ist der ausfallende Arbeitnehmer für die Produktion eines Gutes unbedingt notwendig, d. h. ist er ein „limitationaler“ Faktor, dann wird die Produktion eingeschränkt bzw. sogar ganz eingestellt werden müssen. Dies ist als Massenerscheinung sicherlich als wenig wahrscheinlich anzusehen, als Einzellerscheinung aber durchaus denkbar. In diesem Falle ist der Beschäftigungseffekt gleich Null oder sogar negativ, wenn durch die Produktionseinschränkung auch andere Arbeitnehmer arbeitslos werden.
2. Die betroffene Firma kann versuchen, mit dem verminderten Personal und den vorhandenen materiellen Produktionsmitteln (Kapital) das gleiche Produktionsergebnis auf die Beine zu stellen.
3. Dies bedeutet eine Erhöhung der Produktivität und weist darauf hin, daß vorher noch nicht alle Produktivitätsreserven ausgeschöpft wurden, die beim Faktor Arbeit und/oder Faktor Kapital vorhanden waren. Einer solchen möglichen Produktivitätserhöhung stehen auf Dauer aber sicherlich Kostensteigerungen entgegen, die z.B. in Gestalt von mehr Ausschuß, Akkordzuschlägen oder Überstundenzuschlägen zu Tage treten. Der erwünschte Beschäftigungseffekt ist bei dieser Möglichkeit ebenfalls gleich Null.
4. Das betroffene Unternehmen kann dahingehend reagieren, daß es auf dem Arbeitsmarkt nach gleichwertigem Personal Ausschau hält. Hier besteht eine Chance für die Arbeitslosen, einen Arbeitsplatz zu bekommen. Allerdings müssen die Arbeitslosen sowohl fähig als auch bereit sein, den angebotenen Arbeitsplatz auch auszufüllen. Es muß bezweifelt werden, daß auch in diesem Falle eine reibungslose Eingliederung der Arbeitslosen gelingt. Voraussetzung dafür ist eine hohe berufliche, betriebliche und regionale Mobilität der angesprochenen Arbeitslosen, die nach allem, was man weiß, nicht vorhanden ist. Die hier anstehenden Probleme werden allerdings etwas dadurch gemildert, daß es nicht unbedingt notwendig ist, die frei werdenden Arbeitsplätze mit Arbeitslosen zu besetzen. Der gleiche positive Beschäftigungseffekt kann dadurch eintreten, daß die durch die oben genannten Maßnahmen freiwerdenden Arbeitsplätze durch schon Beschäftigte, während die dadurch neu freiwerdenden Arbeitsplätze durch die Arbeitslosen besetzt werden.
5. Die globale Verknappung des Arbeitsvolumens wird allerdings auch dazu führen, daß der Faktor Arbeit im Verhältnis zum Faktor Kapital tendenziell teurer wird. Diese Tendenz wird dadurch noch verstärkt, wenn es den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften gelingt, z.B. eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich durchzusetzen. In diesem Falle wird ein Druck auf die Unternehmen ausgeübt, den teurer gewordenen Faktor Arbeit durch den relativ billigeren Faktor Kapital zu ersetzen. Solche Substitutionsprozesse führen dann zum Gegenteil dessen, was man ursprünglich durch die Verknappung des Arbeitsvolumens erreichen wollte. Von den hier dargestellten vier möglichen Reaktionen betroffener Betriebe und Unternehmen verspricht also nur die Reaktion Nummer (3) einen positiven Beschäftigungseffekt. Aber auch in diesem Falle kann dieser Effekt wegen der Umstellungsschwierigkeiten nur auf mittlere und lange Sicht erwartet werden.

### **Eingriffe in die Marktwirtschaft**

Manche Vertreter der hier beschriebenen Politik einer globalen Verknappung des Faktors Arbeit sehen diese Schwierigkeiten durchaus. Sie ziehen daraus aber nicht den Schluß verstärkt auf die andere logische Alternative — auf die Erhöhung der Nachfrage nach Arbeit — zu setzen, sondern fordern, um in unserer Darstellung zu bleiben, das Verbot der drei anderen möglichen Reaktionen auf seiten der betroffenen Betriebe und Unternehmen. So sind Kampagnen

gegen die Leistung von Überstunden oder auch gegen Rationalisierungsinvestitionen, die schwergewichtig arbeitssparend sind, zu erklären.

Würde diesen Forderungen nachgegeben, ließe sich sicherlich — zumindest auf kurze Frist — der Beschäftigungsgrad einer Volkswirtschaft steigern. Doch der Preis dafür ist die Aufgabe bzw. Verringerung des wirtschaftlichen Fortschritts, das Aufkommen einer sogenannten versteckten Arbeitslosigkeit, wie uns viele Beispiele nicht nur aus den sogenannten sozialistischen Volkswirtschaften sondern auch in solchen Ländern wie Großbritannien zeigen.

Darüber hinaus stellt sich dann die Frage, ob die Durchsetzung solcher Forderungen nicht die von allen relevanten sozialen Gruppen unserer Gesellschaft beschworene Soziale Marktwirtschaft ad absurdum führt. Denn ein wichtiges Kriterium einer Marktwirtschaft ist u.a. die Möglichkeit für den Arbeitnehmer, seinen Arbeitsplatz und seine Arbeitszeit und für den Unternehmer, Produkt und Produktionsverfahren (und damit auch die Kombination der Produktionsverfahren) frei wählen zu können. Diese Freiheiten mag man in einer „Sozialen“ Marktwirtschaft einschränken, total abschaffen kann man sie nicht.